



**Peter Meiwald**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### **Straßenneubauwahn stoppen statt Bürger weiter abzuzocken!**

Berlin, 24.04.2014

**Peter Meiwald, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040  
Fax: +49 30 227-780  
Email : peter.meiwald@bundestag.de

**Wahlkreis-Büro**  
Postanschrift:  
Alter Postweg 25  
26215 Wiefelstede  
Telefon: +49 170 1824871  
peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Zur aktuellen Osterferienlochdiskussion über eine weitere Zwangsabgabe für den Autoverkehr, die Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig angezettelt hat, erklärt Peter Meiwald, umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen:

Ich kann mich nur wundern! Torsten Albig schließt sich der – nicht mehr ganz originellen – Erkenntnis an, dass für den Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur viel Geld nötig ist. So weit, so gut, das hat auch zuletzt die Bodewig-Kommission zur „Nachhaltigen Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ der Regierung ins Stammbuch geschrieben. Aber so kalkuliert zu provozieren ist meines Erachtens sehr durchsichtig.

Denn darauf haben SPD und CDU in ihrem Koalitionsvertrag reagiert und versprochen, fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Doch anstatt dieses Geld für die dringend benötigte Substanzerhaltung einzuplanen, fordern Bund und Länder – auch Albigs Schleswig-Holstein – weiter verkehrlich überflüssige Straßenneubauten wie die sogenannte Küstenautobahn A20. Im nächsten Schritt werden die Bürger\_innen dann für dumm verkauft, wenn neue Pläne ausgetüftelt werden, wie sie zusätzlich zur Kasse gebeten werden können.

Es ist unredlich, den Menschen in unserem Land zu suggerieren, die Verkehrswege verfielen, weil zu wenig Geld im System sei. Hier muss neu gedacht werden! Bei immer weniger Menschen in Deutschland muss die Planung neuer Betonadern durch unser Land gestoppt werden. Dann steht auch genügend Geld zur Verfügung, um das bestehende Verkehrsnetz qualitativ hochwertig zu erhalten ohne die Bürger\_innen weiter zu belasten.